

Klimapolitik gegen Leuthards Willen

Schweiz soll CO₂-Ausstoss bis 2030 halbieren – ohne fixes Inlandziel

Von Stefan Häne

Bern. So hat sich Doris Leuthard einen ihrer letzten Kämpfe gegen den Klimawandel kaum vorgestellt: Die Schweiz soll ihr Klimaziel 2030 allein durch den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland erfüllen können – das hat der Nationalrat im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes gestern beschlossen.

Zwar trägt er das Ziel des Bundesrats mit, den CO₂-Ausstoss bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent zu senken. Einen fixen Inlandanteil an diesem Ziel lehnt er aber ab. Der Bundesrat dagegen will mindestens 30 Prozentpunkte im Inland einsparen, den Rest im Ausland. Vergeblich warnte Leuthard, ohne eine quantifizierte Zielvorgabe fehle ein wichtiger Ankerpunkt für die Ausgestaltung der einzelnen Klimaschutzmassnahmen im Inland, etwa der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe.

Mit der Streichung des Inlandziels haben SVP und FDP ihre Mehrheit im Rat ausspielen können. Ermöglicht haben den Erfolg aber zwei Abweichler just aus Leuthards Partei, der CVP: Fabio Regazzi und Thomas Egger. Regazzi verteidigt seinen Entscheid: Fixe Inland- und Auslandziele seien im Interesse einer effizienten Umsetzung des Gesamtreduktionsziels falsch. Egger war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Dazu haben zwei CVP-Frauen gefehlt: Elisabeth Schneider-Schneiter, die dem Vernehmen nach mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann in den USA weilte, und Viola Amherd, die mit ihrer Bundesratskandidatur beschäftigt war.

CVP gibt FDP Schuld

Die mangelnde Geschlossenheit hat gestern in der CVP für Misstöne gesorgt. Die Partei, so ein Mitglied, habe es nicht geschafft, geeint aufzutreten, und so jene Kritiker bestätigt, die in der CVP keine zuverlässige Partnerin sähen. Entsprechend laut sei es an der gestrigen Sitzung der Fraktion geworden. In der CVP fühlt man sich nun zu Unrecht als Teil der Klimaschutz-Gegnerschaft angeprangert. Fakt sei, dass sich die FDP «komplett aus dem Klimaschutz verabschiedet» habe – und nicht die CVP, sagt Nationalrat Stefan Müller-Altermatt.

Auch bei den Standards für internationale Bescheinigungen haben SVP und FDP gestern die Regeln diktiert. Emissionsverminderungen, die im Ausland erfolgen, sollen nur die international festgelegten Anforderungen erfüllen, damit sie in der Schweiz berücksichtigt werden. Zusätzliche Anforderungen waren im Rat chancenlos, etwa die Vorgabe, dass die CO₂-Reduktion ohne Verkauf des Klimazertifikats nicht zustande gekommen wäre.



Hat noch Hoffnung. Leuthard ist überzeugt, dass die kleine Kammer Korrekturen vornehmen wird. Foto Keystone

Der Entscheid des Nationalrats macht linke Parlamentarier fassungslos, wie die gestrigen Reaktionen zeigen. Sie können nicht verstehen, dass Schweizer Wirtschaftsvertreter für Massnahmen im Ausland plädieren. SVP und FDP entgegneten, dass so mit

dem Franken die bestmögliche Wirkung erzielt werde, da die Kompensation im Ausland günstiger sei.

Das stimmt zwar – fraglich ist aber, wie lange noch. Experten erwarten einen steilen Anstieg des Preises, wenn sich die am Austausch beteiligten Länder strikte Klimaziele verordnen und für den internationalen Emissionshandel ein strenges Regelwerk anwenden.

Leuthards Appell

Setzt sich die rechte Seite weiter durch, wird der Nationalrat das CO₂-Gesetz in der Schlussabstimmung womöglich ablehnen: SP, Grüne und GLP, weil es ihnen zu wenig weit geht, die SVP, weil sie es ohnehin nicht will. In diesem Fall müsste der Ständerat die Vorlage von Grund auf neu beraten.

Bundesrätin Leuthard ist überzeugt, dass die kleine Kammer Korrekturen vornehmen wird: «Die Bevölkerung erwartet nach diesem Hitzesommer, dass die Politik zugunsten des Klimaschutzes handelt.» Erste Signale deuten darauf hin, dass nicht nur linke Ständeräte Leuthards Appell folgen werden, sondern auch Mittevertreter, etwa Werner Luginbühl (BDP) oder Beat Vonlanthen. Auch er sei ein Wirtschaftsvertreter, sagt Leuthards Parteikollege, und als solcher unterstütze er konkrete Zielsetzungen.

Weniger strenge Vorschriften für Hausbesitzer

Das «ewige Sorgenkind» bleibt der Verkehr

Gestern hat der Nationalrat nicht nur entschieden, dass die Schweiz zwar den Ausstoss von Treibhausgasen weiter reduzieren soll, aber nicht zwingend mit Massnahmen im Inland. Er hat bei der Beratung des CO₂-Gesetzes auch weitere Pflöcke eingeschlagen:

Gebäudestandard: Zu den Massnahmen zur CO₂-Reduktion im Inland gehört – wie bereits heute – die Sanierung von Gebäuden. Dafür sind die Kantone zuständig. Der Nationalrat will aber nicht im Gesetz verankern, dass sie einen einheitlichen Gebäudestandard erlassen. Ausserdem soll das Ziel einer Reduktion um 50 Prozent gegenüber 1990 erst 2030 erreicht werden müssen. Die Befürworter strengerer Regeln argumentierten vergeblich, die Technologien für emissionsarme Gebäude seien längst vorhanden und 26 verschiedene Lösungen seien nicht sinnvoll. Der Rat hatte auch zu entscheiden, was geschehen soll, wenn die Ziele bei den Gebäuden nicht erreicht werden. Vorgehen sind CO₂-Grenzwerte. Der Rat will aber weniger strenge als der Bundesrat.

Neuwagen: Massnahmen sind auch im Verkehr geplant, laut Leuthard das «ewige Sorgenkind». Das Gerechteste wäre eine CO₂-Abgabe, stellte sie fest. Der Bundesrat habe keine vorgeschlagen, weil sie nicht mehrheitsfähig sei. Der zweitbeste Weg seien Vorgaben für Neuwagen. Wie bisher sollen diese schrittweise verschärft werden. Die Importeure müssen Vorgaben zu den durchschnittlichen CO₂-Emissionen erfüllen. Importieren sie zu viele Autos mit hohem Ausstoss, müssen sie Sanktionen zahlen. Hier folgte der Nationalrat bei den Werten mehrheitlich dem Bundesrat. Er strich allerdings die Möglichkeit, Zwischenziele vorzusehen. Anders als seine Kommission will der Nationalrat den Importeuren nicht erlauben, Elektroautos vom Durchschnitt auszunehmen. Die Kommission wollte verhindern, dass der Kauf von Elektroautos es Importeuren erleichtert, Autos mit hohem CO₂-Ausstoss einzuführen.

Die Beratungen zur Totalrevision gehen nächsten Montag weiter.

Ärger über falsche Zahlen

Ständerat kritisiert Angaben des Bundes zu Betroffenen von Heiratsstrafe

Bern. Ständeratsmitglieder haben gestern ihrem Ärger Luft gemacht über die vom Bund nachträglich nach oben korrigierten Zahlen zu von der Heiratsstrafe betroffenen Doppelverdiener-Ehepaaren. Anlass war eine Interpellation von Pirmin Bischof (CVP/SO) zu den Zahlen, die der Bundesrat vor der Abstimmung im Februar 2016 über die CVP-Initiative für die Abschaffung der Heiratsstrafe publiziert hatte.

Damals wurde angegeben, rund 80000 Doppelverdiener-Ehepaare seien von der Heiratsstrafe betroffen. Im vergangenen Sommer wurde die Zahl aufgrund einer neuen Schätzmethode dann auf rund 45000 Paare korrigiert. Doch auch diese Zahl steht inzwischen infrage. Die «grundfalsche» Information vor dem Urnengang 2016 sei abstimmungsentscheidend gewesen, kritisierte Bischof gestern im Rat. Der Bundesrat habe die Stimmberechtigten fahrlässig in die Irre geführt, so Bischof. Dass der Bund aus den Kantonen nicht

genügend Datenmaterial für eine genaue Schätzung der betroffenen Paare erhalte, hätte in den Abstimmungsinformationen deklariert werden müssen, monierte er.

Maurer entschuldigt sich

«Ich habe mich auch geärgert», räumte Finanzminister Ueli Maurer im Rat ein und entschuldigte sich. Allerdings sei es so, dass nur die Kantone und nicht der Bund wüssten, wer direkte Bundessteuern bezahle, sagte er. Ein Teil der Stände verweigere die Daten. «Wir werden alles tun, um verlässliche Zahlen zu haben», versicherte Maurer mit Blick auf die Reform der Bundessteuer, mit der der Bundesrat die Heiratsstrafe beseitigen will. Man überlege sich, die Gesetzgebung so anzupassen, dass die Kantone verpflichtet sind, Daten zu liefern, sagte Maurer.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Ständerats hat

wegen der falschen Zahlen zur CVP-Initiative die Vorlage des Bundesrats für die Beseitigung der Heiratsstrafe auf Eis gelegt. Mit dem vorliegenden Material sei eine fundierte Meinungsbildung kaum mehr möglich, kritisierte sie.

Mit der Angelegenheit befasst sich inzwischen auch die zuständige Geschäftsprüfungs-Subkommission, wie deren Präsident Joachim Eder (FDP/ZG) ausführte. Nach einer Sitzung im kommenden Februar mit Maurer und Adrian Hug, dem Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, werde sich zeigen, ob Handlungsbedarf bestehe, sagte Eder.

Die CVP-Initiative erreichte im Februar 2016 zwar das Ständemehr, scheiterte mit 50,8 Prozent Nein aber am Volksmehr. Noch hängig ist eine im Sommer eingereichte Abstimmungsbeschwerde der CVP. Sie will mit dem Gang vor das Bundesgericht erreichen, dass die Abstimmung über die Initiative wiederholt wird. SDA

Freude
schenken

UND MIT 100% WIR BEZAHLEN



Weissgold &
Diamanten
Nr. 558231
ab CHF

1140.-

100%
WIR
AUF DAS GESAMTE
SORTIMENT

Rhomberg

AARAU	LYSS	ST. GALLEN
ARBON	LYSSACH	SURSEE
BAD RAGAZ	MARBACH	THUN
BASEL	MELS	VISP
BERN	RAPPERSWIL	WIL
BIEL	ROMANSHORN	WINTERTHUR
BRIG	SCHAFFHAUSEN	WÜRENLINGEN
CHUR	SEEWEN	ZUG
FRAUENFELD	SOLOTHURN	ZÜRICH
LUZERN	STANS	

www.rhomberg.ch